



„Man kann Prävention attraktiver machen!“

Die Medizinerin Professor Dr. Christiane Woopen sieht den Staat in der Pflicht, mehr für die Krebsprävention zu tun.

Frau Professor Woopen, 40 Prozent aller Krebserkrankungen ließen sich durch einen gesunden Lebensstil verhindern. Man hat aber nicht den Eindruck, dass die Menschen danach leben. Müsste man sie mehr in die Pflicht nehmen, Nachlässigkeit oder unverantwortliches Handeln eventuell sogar sanktionieren?

Aus meiner Sicht: nein. Man findet schnell Anhänger für die Forderung, Menschen für die Folgen von gesundheitsschädlichem Verhalten in die Haftung zu nehmen. Wenn wir das aber umsetzen wollten, dann müssten wir zunächst einmal definieren, was gesundheitsförderlich oder –schädlich ist, wir müssten den ursächlichen Zusammenhang nicht nur statistisch, sondern für jeden Einzelfall nachweisen, wir müssten sicher sein, dass der Betreffende eine andere Wahl gehabt hätte, und wir müssten, um gerecht zu sein, alle und nicht nur einige gesundheitsschädliche Faktoren erfassen. Zudem müssten überall Rahmenbedingungen garantiert sein, gesundheitszuträglich arbeiten und leben zu können. Soziale Ungleichheit dürfte es nicht geben, da sie erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit hat. Unserem solidarischen Gesundheitssystem liegt aber ohnehin eine andere Idee zugrunde als die des Bestrafens. Es sichert die Freiheit jedes gesetzlich Versicherten, nach den eigenen Vorstellungen leben zu können – ohne die Furcht, sich im Falle einer Erkrankung

die Gesundheitsversorgung nicht leisten zu können. Freiheit ist das höhere Gut als Gesundheit. Deswegen ist es nach meiner Auffassung ethisch gerechtfertigt, wenn die Solidargemeinschaft die gesundheitlichen Folgen selbst eines unvernünftigen Verhaltens trägt.

Einer Verpflichtung zur Teilnahme an bestimmten Vorsorgemaßnahmen erteilen Sie damit eine Absage, etwa einer Impfpflicht gegen die HPV-Infektion?

Der Staat kann einschreiten, wenn Bürger ihre Verantwortung derart vernachlässigen, dass die öffentliche Gesundheit erheblich gefährdet ist. Eine verpflichtende Teilnahme an Vorsorgemaßnahmen müsste aber schon sehr gut begründet werden. Man müsste nachweisen können, dass das Gemeinwohl ohne diese Pflicht gefährdet ist. Das sehe ich bei der HPV-Impfung nicht. Unsere freiheitliche Grundordnung setzt auf Selbstbestimmung, Freiwilligkeit und Verantwortung, nicht auf Pflicht. Aber der Staat kann natürlich etwas dafür tun, dass Prävention attraktiver wird. Aus ethischer Sicht sollte er das sogar.

Tut die Politik genug?

Das Präventionsgesetz ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, es geht aber nicht weit genug. Zudem scheint immer noch die Meinung vorzuherrschen, dass vor allem das Gesundheitssystem für unsere Gesundheit ausschlaggebend sei. Das sehen wir auch in der Coronakrise. Es ist aber nicht richtig. Wie die Menschen wohnen, wie sie sich ernähren, wie sie arbeiten und spielen, welche Bildung sie haben, ist zum Beispiel wesentlich wichtiger. Das spiegelt sich in dem Health-in-all-Policies-Ansatz der WHO wieder, also der Forderung, Gesundheit als Thema in allen Politikbereichen zu verankern. Sie sollte also nicht nur im Gesundheitsministerium auf der Agenda stehen, sondern auch etwa im Wirtschafts-, Arbeits-,

Verkehrs- und Familienministerium. Prävention ist ein gesamtgesellschaftliches Querschnittsthema.

Was würden Sie sich in Bezug auf die Krebsprävention wünschen?

Gesundes Verhalten und Prävention sind im Kern Ausdruck einer fürsorglichen Beziehung zu sich selbst. Wenn man sich selbst mag und sich als eine Einheit von Leib und Seele versteht, dann geht man achtsam mit sich um und lebt fast automatisch präventiv gemäß einem biopsychosozialen Gesundheitsverständnis, natürlich ohne dass es gleich zwanghaft wird. Man kann nicht früh genug damit beginnen, für diese Haltung zu sensibilisieren und sie letztlich zu verankern. Es ist wichtig, Gesundheitsinformationen zu vermitteln, aber letztlich gelingt Prävention vor allem dann, wenn sie aus innerer Überzeugung erfolgt.

Dr. Christiane Woopen ist Professorin für Ethik und Theorie der Medizin an der Universität zu Köln und Geschäftsführende Direktorin des Cologne Center for Ethics, Rights, Economics, and Social Sciences of Health (CERES)

Das Interview führte Günter Löffelmann anlässlich des Symposiums **Vision Zero – Die Neuvermessung der Onkologie am 19./20.10.2020** (Erstveröffentlichung in der Tagungsbroschüre des Symposiums, Okt. 2020)